



HESSISCHER LANDTAG

14. 03. 2017

Plenum

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Friedensgebot der Hessischen Verfassung umsetzen - Abrüstung ist das zentrale Ziel

Der Hessische Landtag lehnt das von verschiedenen NATO-Staaten jüngst wieder auf der Münchner Sicherheitskonferenz bekräftigte Vorhaben, die Ausgaben für Rüstung, Militär und Krieg auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) massiv zu steigern, ab.

Alle Erfahrungen zeigen, dass Kriege nicht zum Frieden, sondern zu Leid, Zerstörung, Tod, Chaos und Staatszerfall führen. Deswegen setzt sich der Hessische Landtag für Abrüstung auf allen Seiten ein. Jede Bombe tötet, egal von wem sie abgeworfen wird.

Der Hessische Landtag lehnt die Auslandseinsätze der Bundeswehr ab. Die Ausweitung der militärischen Präsenz und Operationen wie in Mali, im Baltikum und in Syrien/Irak sowie in Afghanistan müssen sofort beendet werden.

Der Hessische Landtag stellt fest, dass sich die Interessenkonflikte zwischen NATO und Russland nicht durch noch mehr Rüstung aus der Welt schaffen lassen. Die Spannungen in Europa, das Säbelrasseln an den NATO-Ostgrenzen werden dadurch weiter zunehmen, die Kriegsgefahr wird steigen. Die Hoffnung, dass sich mit der Auflösung des Warschauer Paktes auch die Erkenntnis durchsetzt, dass damit auch die NATO obsolet wird, hat sich leider nicht erfüllt. Sicherheit in Europa kann nur mit und nicht gegen Russland erreicht werden. Deshalb setzt sich der Hessische Landtag für die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems unter Einbeziehung von Russland ein. Vertrauensbildende Maßnahmen, die zu völkerrechtlich verbindlichen Verträgen zur Rüstungskontrolle führen, sind erste Schritte dahin.

Statt weiter auf Rüstung und Kriege zu setzen, fordert der Hessische Landtag, endlich abzurüsten und die Gelder in den Bereichen Soziales, Bildung, Integration und Infrastruktur einzusetzen.

Die Ankündigungen des US-Präsidenten Trump, das US-Atomwaffenarsenal zu vergrößern und den atomaren Abrüstungsvertrag infrage zu stellen, machen die Forderung nach atomarer Abrüstung drängender denn je. Der Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel in der Eifel sowie das Ende der "nuklearen Teilhabe" Deutschlands an den US-Atomwaffen bleiben von zentraler Bedeutung.

Der Hessische Landtag fordert die Schließung aller Kriegsführungszentren, wie das USAREUR-Headquarter in Wiesbaden.

Der Hessische Landtag fordert die Einstellung der Rüstungsexporte, insbesondere in Krisenregionen, und fördert Konversionsprogramme, mit denen die Umstellung von militärischer in zivile Produktion vorangetrieben wird.

Der Hessische Landtag setzt sich für einen bundesweiten Gipfel zur Rüstungskonversion ein.

Begründung:

In Artikel 26 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland heißt es: "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören (...) sind verfassungswidrig." Und Artikel 69 der Hessischen Verfassung lautet: "Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig." Diese Verfassungsartikel werden durch die aktuellen Kriege und die Rüstungsexportpraxis ad absurdum geführt.

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI veröffentlichte im Februar Zahlen über den weltweiten Rüstungshandel 2016. Deutschlands Weltmarktanteil steigerte sich von 6,3 % (2015) auf 9 % (2016). Es belegt damit weltweit nach den USA und Russland Platz drei und ist wieder die größte Waffenschmiede der EU.

Täglich sterben Menschen in allen Teilen der Erde durch Waffen, die in Deutschland produziert und verkauft werden. Das heißt: Kriegsgerät "Made in Germany" ist vielerorts dabei, wenn Menschen vertrieben und ermordet werden. Auch hessische Firmen wie die in Kassel ansässige Panzerschmiede Krauss-Maffei Wegmann spielen hier eine traurige Rolle.

Wiesbaden, 14. März 2017

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen